

Stellungnahme zum neuen LehrerInnen-Dienstrecht

Wien, 25.9.2013

Als junge Lehrerin im 3. Dienstjahr verfolge ich die Debatte um das neue LehrerInnen-Dienstrecht mit Besorgnis.

Das größte Problem dieses Begutachtungsentwurfs stellt meines Erachtens die drastische Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung dar. Selbst die bisherige unterschiedliche Gewichtung der verschiedenen Fächer in Werteinheiten soll abgeschafft werden – zugunsten des bloßen Zählens von Unterrichtsstunden. Das spiegelt die Realität im Lehrberuf schon lange nicht mehr wieder, denn LehrerIn sein ist viel mehr als Unterricht zu erteilen. Für viele LehrerInnen würde der Arbeitsaufwand damit ins Unzumutbare steigen.

Dies hätte auch zur Folge, dass die Ansprüche, die die meisten LehrerInnen (wie auch der Rest der Gesellschaft) an ihre Arbeit stellen nicht mehr erfüllt werden könnten: die SchülerInnen würden noch viel weniger individuelle Betreuung und Aufmerksamkeit bekommen, als dies derzeit der Fall ist. Individuelle Begleitung und das Eingehen auf die Bedürfnisse der jungen Menschen ist unter diesen Bedingungen schlicht nicht möglich. Auch das oftmals geforderte nicht-lehrende Personal für Schulen scheint im vorliegenden Entwurf nicht mitgedacht worden zu sein.

Diese Beobachtungen legen nahe, dass die ganze „Reform“ nicht auf eine Steigerung der Unterrichtsqualität abzielt, geschweige denn einen Beitrag zu einem sinnvollen, zukunftsorientierten Bildungssystem leisten soll. Viele der vorgesehenen Maßnahmen tragen zu einem zwingenden Qualitätsverlusts in der Betreuung und Begleitung der SchülerInnen bei.

Gleichzeitig könnte auch eine adäquate finanzielle Abgeltung nicht wettmachen, dass die schiere Arbeitslast einen massiven Einschnitt in die Lebensqualität der betroffenen LehrerInnen mit sich bringen muss. Auch jetzt ist die Burn-out-Rate unter LehrerInnen bedenklich hoch – was sich unter solchen Bedingungen mit Sicherheit noch verschlechtern wird. Bei einem solchen Dienstrecht könnte ich jungen Menschen, die das Lehramt anstreben, nur mit großer Vehemenz von dieser Entscheidung abraten. Dies wäre auf keinen Fall im Interesse der Zukunft unserer Gesellschaft.

Ganz abgesehen von den inhaltlichen Problemen des Entwurfs bin ich außerdem schockiert über das Vorgehen der EntscheidungsträgerInnen. Die Aushebelung sozialpartnerschaftlicher Verhandlungskultur und die anhaltende Unterstützung der medialen Hetze gegen eine ganze Berufsgruppe sind erschreckend und belastend. In Wirklichkeit wollen LehrerInnen den SchülerInnen die beste Betreuung angedeihen lassen. Aufgabe des Gesetzgebers ist es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, statt Engagement im Endeffekt sogar zu bestrafen.

Ich kann nur hoffen, dass die Verantwortlichen in Zukunft mehr Rückgrat beweisen und den vorliegenden Entwurf noch einmal völlig neu denken – und zwar gemeinsam mit der Gewerkschaft. Wir brauchen ein Dienstrecht, das qualitätsvolles und zukunftsorientiertes Arbeiten möglich macht.

Regina Bösch
1140 Wien